

PANORAMA Nr. 651 vom 31.03.2005

„Datenflut und Sammelwut – Wie der Staat seine Bürger ausspioniert“

Anmoderation

Anja Reschke:

Es gibt Themen, da hätte früher die Republik gebebt – heute rufen sie nur noch gequälte Langeweile hervor. Der Datenschutz etwa. Hätte man Bundesinnenminister Otto Schily vor 20 Jahren erzählt, wie in Deutschland der Staat mal überwachen kann, hätte er einen vermutlich für verrückt erklärt. Jeden Tag neue Vorschläge, wie vermeintliche Terrorgefahren abgewehrt werden sollen. Der eine will abgehörte Telefonate länger speichern, der andere auf Buchungsdaten von Reiseunternehmen zugreifen und ab morgen gilt tatsächlich ein Gesetz, mit dem staatliche Behörden leicht rausfinden können, wie viele Konten bei welcher Bank man hat. Big Otto is watching you - meinen Thomas Berndt, Gita Ekberg und Volker Steinhoff.

Eine der letzten Bastionen des Deutschen Datenschutzes: Die kleine Volksbank im westfälischen Raesfeld. Gerade mal 2000 Kunden haben hier ein Konto.

Aber der Direktor dieser kleinen Bank kämpft - gegen keinen geringeren als Finanzminister Eichel - vor dem Bundesverfassungsgericht. Er kämpft gegen ein neues Gesetz, das ab morgen gilt:

Danach sollen alle Banken den Finanz- und Sozialbehörden melden, wer wo wie viele Konten hat. Bankgeheimnis ade.

O-Ton

Hermann Burbaum:

(Volksbank Raesfeld)

„Kernpunkt meiner Kritik oder unserer Kritik ist, dass zu massiv in Freiheitsrechte eingegriffen wird. Das der Staat glaubt, Anspruch zu haben, in Privatdinge einzugreifen. Warum schafft man nicht das Briefgeheimnis ab? Man wird sicherlich dort vieles finden, was den Staat interessieren könnte. Warum schafft man nicht das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung ab? Ich bin mir ganz sicher, dass bei jeder Hausdurchsuchung, oder wenn man sie nur oft genug macht, irgendeiner erwischt wird, der was zu verbergen hat. Nein, das kann nicht der Weg sein.“

O-Ton

Thilo Weichert:

(Datenschutzbeauftragter Schleswig-Holstein)

„Betroffen sind von dieser Kundenabfrage alle Menschen. Das beginnt beim Jugendlichen 12-jährigen, der sein erstes Konto eingerichtet hat, und geht bis zum alten Mütterchen, was also jetzt ihre Rente jeden Monat überwiesen bekommt. Alle können auf diese Art und Weise ausspioniert werden.“

Was früher nur für Schwerkriminelle oder Terroristen galt, kann ab morgen jeden treffen. Ob Alte oder Arbeitslose.

Der Staat schnüffelt jetzt auch in den Banken. Das neue Gesetz, ein Angriff von vielen auf den Datenschutz seit den Anschlägen von New York.

O-Ton

Thilo Weichert:

(Datenschutzbeauftragter Schleswig-Holstein)

„Also nach dem 11. September haben wir eine wahre Flut von neuen Sicherheitsgesetzen, das beginnt mit dem biometrischen Ausweis, geht weiter mit der Rasterfahndung, mit der Ausweitung der Schleierfahndung, mit den Möglichkeiten der Geheimdienste zuzugreifen auf Daten, bei der Post, bei Flugunternehmen, bei einer Vielzahl von anderen Unternehmen. Alle diese Maßnahmen zielen darauf ab, nicht irgendwelche Verdächtigen zu erfassen, sondern Personen, anhand von bestimmten, ja auch ganz allgemeinen Merkmalen, einer Kontrolle zu unterwerfen.“

Das alles - vor Jahren in Deutschland noch undenkbar.

Werbespot zur Volkszählung:

Archiv 1983

„Eine Aktion, die für unser aller Zukunft wichtig ist.“

Damals ging es um vergleichsweise Banales: Anschrift, Arbeitsplatz oder Anfahrtsweg zum Büro.

Doch schon das reichte zum Massenprotest. Selbst brave Bürger verweigerten sich der Ausforschung des Staates. Volkszählungsboykott.

O-Ton

Umfrage damals:

Interviewer: „Werden Sie die Fragen der Volkszähler beantworten?“

Antwort: „Nein, werd ich nicht.“

Antwort: „Ja, ich werde das wohl ausfüllen, aber ob ich das richtig ausfülle, weiß ich noch nicht.“

Interviewer: „Wenn die Volkszähler bei Ihnen vor der Tür stehen, was tun Sie?“

Antwort: „Ich werde sie boykottieren, die Volkszähler.“

Interviewer: „Werden Sie die Fragen nicht beantworten?“

Antwort: „Richtig“.

Auch im Bundestag: Widerstand, Protest – vor allem von den Grünen. Damals die Vorkämpfer gegen die Volkszählung: Joschka Fischer und sein Parteikollege Otto Schily.

O-Ton

Otto Schily:

(Die Grünen - März 1983)

„Diese Art von Volksverhör, wie wir das nennen, eine unzulässige Ausforschung, die auch gegen die Verfassung verstößt, eine unzulässige Ausforschung der Privatsphäre des einzelnen Bürgers darstellt.“

Zwei Jahrzehnte später, heute als Minister: Schily der Scharfmacher. Jetzt kann er gar nicht genug bekommen – vom „unzulässigen Volksverhör“.

O-Ton

Otto Schily:

(Innenminister)

“Es kann ja nicht so sein, dass der Datenschutz zu einer Sicherheitseinbuße in unserem Lande führt.”

O-Ton

Otto Schily:

(Innenminister)

“Wir müssen höchste Wachsamkeit wahren, übrigens aufpassen, dass wir da nicht in Routine verfallen.“

O-Ton

Otto Schily:

(Innenminister)

„Deshalb ist es um so wichtiger, die Informationsgewinnung und Vermittlung zu verbessern, die Analysefähigkeit zu verbessern, und die Frage der Aktions- und Reaktionsfähigkeit stärker noch ins Visier zu nehmen.“

Sein neuester Coup: Jetzt will er alle Telefon- und Internetdaten von allen Bürgern speichern. Mindestens ein Jahr – auf Vorrat.

O-Ton

Thilo Weichert:

(Datenschutzbeauftragter Schleswig-Holstein)

„Also meines Erachtens ist das verfassungswidrig, was Schily hier plant. Es hätte zur Folge, dass die Verkehrsdaten sämtlicher Telekommunikationsvorgänge erfasst würden, Email, Sms, telefonieren, faxen, aber auch das Abrufen von Seiten im Internet. Das würde irgendwann mal zu einer Totalüberwachung der gesamten Bevölkerung führen.“

Totalüberwachung? Einige Bundesländer sind schon längst soweit - Schilys Musterschüler. Landeskriminalamt Niedersachsen in Hannover.

Hier im Datenkeller kann man inzwischen so gut wie jedes Telefonat im Land belauschen, und zwar ohne konkreten Verdacht, so das neue Polizeigesetz.

Dort heißt es unter § 33a: Die Polizei kann schon ein Telefon überwachen, bei der Annahme jemand könnte irgendwann mal Straftaten begehen.

Außerdem dürfen auch seine sogenannten Kontakt- und Begleitpersonen jederzeit belauscht werden. Überwachung, ohne jedes Maß.

O-Ton

Rainer Hämmer :

(Datenschutzbeauftragter Niedersachsen)

“Also Begleit- und Kontaktpersonen sind Freunde, sind Bekannte, die man in Kneipe trifft. Es kann der Bäcker bei Ihnen um die Ecke sein, wo Sie immer ihre Brötchen morgens kaufen, und dieser Passus, der die Überwachung solcher Personen zulässt, der ist, wenn es überhaupt noch eine Steigerung gibt, noch verfassungswidriger, als der übrige § 33 a, weil diese Personen natürlich überhaupt keine Möglichkeit haben, einzuschätzen, wann sie

denn vielleicht mal mit jemanden Kontakt haben, oder hatten, der möglicherweise in Zukunft eventuell mal Straftaten begehen wird.“

O-Ton

Harald Range:

(Generalstaatsanwalt Niedersachsen)

„Bei der präventiven Telefonüberwachung genügt eine Vermutung für Straftaten, und das ist sehr weitgehend. Uns Strafverfolgern zu weitgehend.“

Im Gegensatz dazu ist man hier im Landeskriminalamt begeistert. Die grenzenlose Telefonüberwachung, eine Wunderwaffe gegen das Verbrechen.

O-Ton

Rainer Bruckert:

(Landeskriminalamt Niedersachsen)

„Es ist deshalb nötig, weil sich die Lebenswirklichkeit, und damit auch die Verbrechenswirklichkeit geändert haben. Wir haben nicht mehr weiß und schwarz, also keine Straftat - Straftat. Wir haben einen riesen Bereich einer Grauzone dazwischen.“

Ein Grauzone, in die viele geraten können: zum Beispiel ein Geschäftsmann aus Malta. Er hat Mitte Februar einen Termin im niedersächsischen Celle, taucht allerdings bei der Firma dort nie auf. Sein Pech: Es gibt einen vagen Hinweis, er sei Islamist. Und zudem steht der Besuch von US-Präsident Bush kurz bevor.

Für die Polizei ist klar: Der Mann ist untergetaucht, plant einen Anschlag. Telefonüberwachung!

O-Ton

Rainer Bruckert:

(Landeskriminalamt Niedersachsen)

Interviewer: „Was ist das Ergebnis gewesen?“

Antwort: „Also nach unseren Informationen, hatte er irgendwo in Europa eine Geliebte, wir glauben, es war in Belgien, dort soll er sich aufgehalten haben. Dieser Mann gilt für uns übrigens als unschuldig, absolut, das war nichts.“

Außer, dass ein unschuldiger Geschäftsmann telefonüberwacht wurde.

Lauschangriffe auf Telefone, Ausspionieren von Bankkonten. Zukünftig kann es jeden treffen. Nicht nur Gangster oder Terroristen.

Abmoderation

Anja Reschke:

Übrigens sowohl das Gesetz über die Kontenabfrage, als auch das niedersächsische Polizeigesetz werden derzeit vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe verhandelt.

Bericht: Thomas Berndt, Gita Ekberg, Timo Großpietsch, Volker Steinhoff
Schnitt: Dagmar Dahlström-Anders